



komba rundschau schleswig-holstein

Mitgliedermagazin der **komba gewerkschaft s-h**

Heft Oktober 2023

Einkommensrunde der Länder



Bei den Vorgesprächen zur Tarifrunde waren vom dbb der Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach (2. von links) und Volker Geyer Fachvorstand Tarifpolitik (2. von rechts) dabei.

Die Interessen Schleswig-Holsteins haben dbb sh Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp, komba Landesvorsitzender Daniel Schlichting und Lorenz Sieh als stellvertretende Landesvorsitzender für den Tarifbereich vertreten.

Nicht nur die Beschäftigten des Landes Schleswig-Holstein – sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamtinnen und Beamte – blicken mit großer Spannung und hohen Erwartungen auf die angelaufene Einkommensrunde mit den Ländern. Auch die Beamtinnen und Beamten der Kommunen sind betroffen. Denn für sie gelten die Besoldungsregelungen des Landes Schleswig-Holstein, für die der durchzusetzende Tarifabschluss eine maßgebende Vorlage sein wird.

Weiter auf Seite 2



komba
gewerkschaft
schleswig-
holstein

Fachgewerkschaft im



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**
schleswig - holstein



Inhalt

Einkommensrunde mit den Ländern 2

Personalrätekonferenzen 3

Geisterfahrer in der Politik 4

Verfassungswidrige Besoldung auch in 2023 6

Bürgermeister bekommt Gewerkschaftsbesuch 7

Verstärkung im Team der komba gewerkschaft 7

Helgoland-Ausfahrt mit dem Betriebsverband der RKiSH 7

komba Bundesmagazin



Herausgeber:
komba gewerkschaft schleswig-holstein -
 Kommunalgewerkschaft für Beamte und Arbeitnehmer -, Hopfenstraße 47, 24103 Kiel
 Telefon 0431 535579-0
 E-Mail: info@komba-sh.de,
 Internet: www.komba-sh.de

Redaktion: Magdalena Wilcke (leitende Redakteurin), Daniel Schlichting, (DS)
 Beiträge: Kai Tellkamp (KT), Christian Sehleier
 Fotos: eigene;
 Auflage: ca. 4.000 Stück
 Redaktionsschluss: 27.09.2023

Die komba rundschau wird an die Mitglieder der komba gewerkschaft schleswig-holstein abgegeben. Sämtliche Kosten sind durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.
 Nachdruck und sonstige Verbreitung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbb-verlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin
 Telefon: 030.7261917 - 0
 Telefax: 030.7261917 - 40

Liebe Kolleg:innen,

man braucht kein Prophet oder geübt im Umgang mit der Kristallkugel sein, um zu erahnen, wie sich die laufende Tarifrunde zum TV-L entwickelt. Die einen wollen nicht mehr als den Tarifabschluss von Bund und Kommunen, die anderen auf keinen Fall weniger. Interessanter bleibt die Frage: Wird das Land die Ergebnisse zeit- und inhaltsgleich auf die Beamt:innen von Land und Kommunen übertragen?



Auf dem vergangenen Gewerkschaftstag des dbb sh stellte Ministerpräsident Günther die zeitliche Übertragung bereits infrage. Auch das Finanzministerium zeichnet ein düsteres Bild, wenn es um die aktuelle Haushaltslage geht. 500 Millionen EUR fehlen alleine 2023. Nach Corona, Energiekrise und Ukrainekrieg kam der Einbruch der Steuereinnahmen aber auch wirklich überraschend. Zum Glück wurden wenigstens die Bürger:innen in den vergangenen Jahren regelmäßig zum Sparen aufgefordert.

Sollte das Land nicht reagieren, drohen Massenverfahren zur gerichtlichen Überprüfung einer auskömmlichen Besoldung für das Haushaltsjahr 2023. Setzt man die Erhöhungen von 1,4 % in 2021 und 2,8 % in 2022 in Relation zur Inflation der letzten drei Jahre, ist deutlicher Nachholbedarf offensichtlich.

Aber: Nur mit freundlichen Worten und guten Argumenten werden wir in dieser Tarifrunde sicherlich nicht erfolgreich sein. Daher mein eindringlicher Appell: Beteiligen Sie sich an den kommenden Aktionen und tragen dazu bei, dass die Tarifrunde TV-L und die Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein ein Erfolg wird.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr
Daniel Schlichting
Daniel Schlichting
Landesvorsitzender

Einkommensrunde mit den Ländern: Besondere Bedeutung in Schleswig-Holstein

Die Besonderheiten in Schleswig-Holstein: Erstens sitzt bei den Tarifverhandlungen die Finanzministerin des Landes Schleswig-Holstein, Monika Heinold, direkt mit am Verhandlungstisch und damit den Gewerkschaften gegenüber. Sie

ist nämlich stellvertretende Vorsitzende der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Die TdL ist Verhandlungspartnerin des dbb, der ebenfalls Tarifvertragspartei ist. Zweitens hat sich die Schleswig-Holsteinische Landesregierung hinsichtlich der Über-

tragung des Tarifabschlusses auf die Besoldung in eine schwierige Ausgangslage manövriert, weil die sich aus der Verfassung ergebenden Mindestanforderungen aktuell nicht erfüllt sind (siehe besonderer Artikel).



komba voll dabei

Vor diesem Hintergrund hat sich die komba gewerkschaft schleswig-holstein bereits aktiv in die Vorbereitungen der Einkommensrunde eingebracht. Wir haben unsere Argumente und Vorstel-

lungen für die Forderungen und deren Durchsetzung in Arbeitsgruppen eingebracht, auch in die Regionalkonferenz der nördlichen dbb Landesbünde (siehe auch Bericht auf den Bundesseiten). Denn der Norden steht zusammen. Weiterhin haben sich etliche komba-Mitglieder an der online-Umfrage zur Einkommensrunde beteiligt, dessen Ergebnisse nicht nur für die Beschlussfassung der Forderungen, sondern auch für die weiteren Verhandlungen von Bedeutung sind.

„Ich habe Angst, dass die Personaldecke infolge anstehender Pensionierungen weiter ausgedünnt wird, weil kein Nachwuchs mehr nachrückt“, so Lorenz Sieh (links), der im komba Landesvorstand für den Tarifbereich zuständig ist

Wie es weiter geht mit den Verhandlungen und natürlich mit Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Forderungen, bitten wir auch unseren ergänzenden In-

formationen zu entnehmen. Denn es wird nicht genügen, nur auf die Einkommensrunde zu blicken. Wer an einem guten Ergebnis Interesse hat, ist gut beraten, einen aktiven Beitrag zur Durchsetzung zu leisten! **KT ■**



dbb Tarifchef Volker Geyer stellt den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Regionalkonferenz Nord die Ausgangslage der Einkommensrunde dar

Personalrätekonferenzen:

Wir haben über 200 Personalräte informiert

Mit zwei Personalrätekonferenzen haben wir in diesem Jahr wieder viele Personalräte auf Landes- und Kommunalebene erreicht. Über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das Informationsangebot genutzt. Über die Hälfte hat sich für die Konferenz für kommunale Personalräte angemeldet, die unter Federführung der komba gewerkschaft schleswig-holstein im Kieler Haus des Sports durchgeführt wurde. Mit einer zweiten Veranstaltung hat der dbb sh im Namen aller dbb-Fachgewerkschaften Personalräte auf Landesebene angesprochen. Nach den Personalratswahlen besteht ein großer Bedarf, auf dem aktuellen Stand zu sein, was den öffentlichen Dienst betreffende Themen und Rechte der Personalräte angeht.

Natürlich kann dieser Bedarf nur über reguläre Seminare gedeckt werden – die komba sh hat dafür gemeinsam mit dem dbb sh ein etabliertes Konzept entwickelt, welches auch in unserem Fortbildungsprogramm 2024 wieder aufgenommen wird (die Veröffentlichung ist für November vorgesehen). Aber mit Personalrätekonferenzen können einige Schwerpunktthemen ausgewählt, um Praxisfragen ergänzt und diskutiert werden. Der Austausch

sowie Tipps für die Personalratsarbeit spielen dabei eine große Rolle.

Zum Beispiel ging es um die Schulungsansprüche der Personalräte und der Jugend- und Ausbildungsververtretungen. Zu den Tipps gehört, auch die Schulungsansprüche der Ersatzmitglieder zu nutzen, damit Vertretungsfälle bestmöglich abgedeckt werden können. Ebenso wurde die Arbeits- und Dienstbefreiung

für die Wahrnehmung der Personalratsaufgaben thematisiert. Mit Blick auf die Erfahrungen aus den Personalratswahlen wurde das Ziel von komba und dbb dbb, die Wahlvorschriften zu überarbeiten und zu vereinfachen, klar unterstützt.

Ergänzend wurde ein Einblick in aktuelle Entwicklungen im öffentlichen Dienstrecht für Tarifbeschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte gegeben. Vom Hin-



weisgeberschutzgesetz über Arbeitszeitfragen, Beurteilungsrichtlinien und Einkommensrunden bis hin zur Alimention wurde eine bunte Mischung geboten. Dafür standen bei der kommunalen Konferenz komba Landesvorsitzender **Daniel Schlichting** Justitiarin **Magdalena Wilcke** sowie dbb Landesvorsitzender **Kai Tellkamp** zur Verfügung. Bei der Konferenz für den Landesdienst wurde Tellkamp durch seinen Stellvertreter **Tobias Schmiedberg** unterstützt. **KT** ■



Geisterfahrer in der Politik

Bedienstete des Landes sowie kommunale Beamtinnen und Beamte stehen mit dem Rücken zur Wand

Schleswig-Holstein steht vor einer alarmierenden Situation: Landesbedienstete geraten zunehmend unter Druck. Der Grund dafür ist ein Ungleichgewicht zwischen Tarifbeschäftigten, die dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVÖD) unterliegen und bereits eine bessere Entlohnung erhalten, und ihren Kolleg:innen, für deren Bezahlung der Tarifvertrag der Länder (TV-L) oder das Landesbesoldungsrecht maßgebend ist und die für vergleichbare Arbeit erheblich weniger verdienen. Das ist ein Grund, warum die TV-L-Entgelte am 1. Oktober 2023 gekündigt wurden. Sie sind nicht nur ungerecht, sondern werden der Inflation in keiner Weise gerecht.

Der dbb, die Dachorganisation der Fachgewerkschaften und -verbände im öffentlichen Dienst, sowie die Fachgewerkschaft komba schlagen nun Alarm und kritisieren die unhaltbaren Zustände in Schleswig-Holstein. In einem deutlichen offenen Brief, der sowohl an die Landesregierung als auch an den Landtag gerichtet ist, werden jetzt die Realitäten und Missstände schonungslos aufgezeigt.

Den vollständigen offenen Brief können Sie hier lesen:

www.komba-sh.de

Alle Beschäftigten des Landes und der Kommunen leisten tagtäglich die gleiche Arbeit, um das Land Schleswig-Holstein am Laufen zu halten. Doch statt mit angemessener Anerkennung und fairer Bezahlung, werden sie mit steigender Arbeitsverdichtung, Überstunden und einem Mangel an Wertschätzung entlohnt. Es ist dringend an der Zeit, dass sich dies ändert, dass die Rechte insbesondere der aktuell Benachtei-

ligten gewahrt und die Situation - notfalls auch durch Arbeitskampf - verbessert wird!

Zwischenzeitlich ist das Missverhältnis zwischen öffentlichen Aufgaben einerseits und schlechter Ressourcenausstattung andererseits alarmierend. Der Staat scheint zunehmend überfordert zu sein, öffentliche Aufgaben in angemessener Weise überhaupt erfüllen zu können. Dies führt nicht nur zu einem wachsenden Misstrauen der Bürger:innen in die Politik, sondern auch zu einem großen Substanzverlust in der öffentlichen und personellen Infrastruktur. Jeder Einwohner kann schon heute spüren, dass berechnete Erwartungen an den Staat nicht mehr erfüllt werden. Gleichzeitig werden zukünftigen Generationen ausufernde Kreditzahlungen und unterlassene Investitionen aufgebürdet. Es ist notwendig, dass diese Situation endlich verbessert wird, um einen funktionsfähigen Staat zu erhalten.

Statt konkrete und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, wird unter anderem durch Landesfinanzministerin **Heinold** gedroht, Kürzungen bei den Personalkosten durchzuführen. Die Folgen wären fatal und kaum zu beherrschen: unterbesetzte Dienststellen, Überlastung der noch vorhandenen Beschäftigten, ausufernder Krankenstand und eine abstürzende Attraktivität des öffentlichen Dienstes. Schon jetzt wandern Kolleg:innen nach Hamburg ab, wo ihnen deutlich bessere Konditionen und kostenfreie KiTa-Plätze geboten werden. Gerechte Bezahlung und angemessene Arbeitsbedingungen sind keine Luxusvorstellungen, sondern unerlässliche Grundvoraussetzung, um öffentliche Aufgaben überhaupt effektiv erfüllen zu können. Laut einer aktuellen Yougov-Umfrage und Zahlen der europäischen Statistikbehörde Eurostat können 27% der Deutschen ihre monatlichen Ausgaben nicht mehr decken. 32% ist es nicht mehr möglich, unerwartete Ausgaben über 1.000 Euro

Foto: © Frank Peter

ohne Kredit aufzufangen. Monika Heinold tut indes so, als sei sie nur von Geisterfahrern umgeben, die alle nur mehr Geld und damit das Falsche wollten. So geht es aber jedem, der selbst ein Geisterfahrer ist. In der aktuellen Situation mit Stellenabbau und Kürzungen zu drohen, grenzt an Realitätsverweigerung.

In dem mit Unterstützung der komba gewerkschaft verfassten offenen Brief des dbb sh werden verschiedene Lösungsansätze genannt, um der angespannten Situation entgegenzuwirken. Zum Beispiel ist eine grundlegende Überprüfung aller Fördermittel des Landes erforderlich, da diese konzeptionell oft fragwürdig und nicht nachhaltig sind. Auch Subventionen für Unternehmen müssen kritisch betrachtet werden. In einer funktionierenden Marktwirtschaft sollten Unternehmen ohne Subventionen eigenständig

am Markt bestehen können. Der Staat trägt die Verantwortung, die Rahmenbedingungen für alle (!) Beteiligten zu verbessern, anstatt nur einzelne Privilegierte und Eliten zu unterstützen.

Ein effektiver Bürokratieabbau ist dringend erforderlich, um personelle Ressourcen freizusetzen und wirtschaftliche Investitionen schnellstens zu ermöglichen. Bisherige Bemühungen in diesem Bereich sind weder erfolgreich noch ausreichend. Aus diesem Grund fordern der dbb und die komba gewerkschaft die Einrichtung einer unabhängigen Stelle für Bürokratieabbau. Diese Stelle soll Vorschläge von Bürger:innen einerseits sowie der Wirtschaft und Beschäftigten andererseits entgegennehmen, aber ebenso eigene Lösungen entwickeln und die Entscheidungsprozesse auf den verschiedenen staatlichen Ebenen begleiten und vor allem

kontrollieren. Nur durch einen unabhängigen Ansatz kann eine effektive Reduzierung der Bürokratie erreicht werden.

Eine konsequente Steigerung der Landeseinnahmen ist dringend erforderlich, um den finanziellen Haushalt der Länder zu stabilisieren. Insbesondere die konsequente Zahlung von Steuern und die Verfolgung von Steuersündern sind dabei entscheidend. Um dies effektiv umzusetzen, ist eine ausreichende Anzahl qualifizierter Mitarbeiter von großer Bedeutung. Jeder investierte Euro in die Fahndung nach Steuerhinterziehern wird sich langfristig auszahlen.

Außerdem gibt es verschiedene Handlungsmöglichkeiten, die angespannte Situation in Schleswig-Holstein zu verbessern, sogar bezüglich der Erfüllung von Bundesaufgaben. Es ist an der

**NÜRNBERGER**
VERSICHERUNG

Unbeschwert durchs Leben.

Denn mit der NÜRNBERGER Unfallversicherung sind Sie rundum gut versorgt, wenn doch mal was passiert.

NÜRNBERGER Beamten Allgemeine Versicherung AG
Ostendstraße 100, 90334 Nürnberg
Telefon 0911 531-5
www.nuernberger.de/beamte-oeffentlicher-dienst



Zeit, dass politische Entscheidungsträger endlich ihre Verantwortung wahrnehmen und Kompetenz mit verlässlicher Weitsicht unter Beweis stellen, um sich für ihr Land und ihre Beschäftigten einzusetzen. Landesbedienstete dürfen keine Putzklappen der Politik sein, sie verdienen gebührenden Respekt und Unterstützung.

Der dbb und die komba gewerkschaft fordern die politischen Entscheidungsträger nachdrücklich auf, endlich ihrer Verpflichtung nachzukommen und notwendige Reformen anzugehen, anstatt sie zu verwässern und zu blockieren. Es ist Zeit, die Sorgen und Nöte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu berücksichtigen. Wir sind entschlossen, den Kampf für bessere Arbeitsbedingungen an-

zuführen und auszufechten. Wir werden nicht nachlassen, bis unsere Forderungen erfüllt sind. Eine starke und gut ausgestattete Personalinfrastruktur bildet das Fundament für unser Bundesland. Es liegt nun an der Politik, dieses Fundament zu stärken, statt es auszuhöhlen. Nur so kann Schleswig-Holstein aus seiner prekären Lage befreit werden. Gemeinsam sind wir stark!

CS ■

Verfassungswidrige Besoldung auch in 2023:

Müssen Beamtinnen und Beamte Ansprüche absichern?

Die Entwicklungen der letzten Monate und aktuell kursierende Informationen lösen bei vielen Beamtinnen und Beamten Verunsicherung aus. Es stellt sich die Frage, ob bereits jetzt Anträge gestellt werden sollten, um Ansprüche auf eine verfassungskonforme Besoldung und Versorgung abzusichern. Der dbb sh erklärt dazu im Einvernehmen mit der komba: Das ist zwar möglich, aus guten Gründen empfehlen wir aber, noch bis Anfang November zu warten. Dann kann nämlich die von der Landesregierung zu diesem Zeitpunkt angekündigte ergänzende schriftliche Erklärung an die Beamtinnen und Beamten bei der Antragstellung berücksichtigt werden.

Entsprechende Muster werden direkt Anfang November bereitgestellt. Dabei werden wir auch Bezug nehmen auf die vom dbb sh bereits im letzten Jahr initiierte Verfassungsbeschwerde. Die Besoldung ist aus Sicht des dbb sh nämlich nicht nur infolge der in diesem Jahr aufgestockten Sozialleistungen verfassungswidrig. Auch die im letzten Jahr eingeführte erhebliche Ausweitung familienbezogener Besoldungsbestandteile und deren teilweiser Abhängigkeit vom Einkommen der Partner/-in ist im höchsten Maße bedenklich. Viele Beamtinnen und Beamte, die von Kürzungen zum Beispiel des Weihnachtsgeldes betroffen sind,

profitieren von der neuen Rechtslage gar nicht oder unzureichend. Auch das sollte so nicht akzeptiert werden.

Eine Absicherung von Ansprüchen ist immer dann noch im laufenden Haushaltsjahr erforderlich, wenn sie über bestehende gesetzliche Ansprüche hinausgehen. Das ist der Fall, soweit Ansprüche, die sich aus der in der Verfassung verankerten amtsangemessenen Alimentation ergeben, nicht im geltenden Besoldungsrecht abgebildet werden. Genau das ist hier der Fall, zumal Besoldungsanpassungen erst im Jahr 2024 vorgesehen sind. Für die Antragstellung ist noch ge-

nügend Zeit, sie muss bis Ende 2023 erfolgen.

Ergänzend weisen wir darauf hin, dass für die Antragstellungen kein gewerkschaftlicher Rechtsschutz oder die anderweitige Einbeziehung von Anwälten erforderlich ist. Es geht zunächst nur um die Absicherung von grundsätzlichen Ansprüchen. Um Korrekturen des Besoldungsrechts zu erzwingen, haben wir bereits Fälle ausgewählt, die beim Bundesverfassungsgericht beziehungsweise beim Verwaltungsgericht anhängig sind. Über die weitere Entwicklung halten wir Sie auf dem Laufenden.

KT ■

Bülöw / Erps / Schliesky / von Allwörden

Kommunalverfassungsrecht Schleswig-Holstein

Gemeindeordnung

Kreisordnung

Amtsordnung

Gesetz über kommunale Zusammenarbeit

Gemeinde- und Kreiswahlgesetz

75. Nachlieferung, Juli 2023, Kommunal- und Schul-Verlag GmbH & Co. KG, www.kommunalpraxis.de

Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung - GO)

Mit dieser Lieferung wurden die Kommentierungen zu den §§ 5, 7, 16a, 16c, 16f, 16g, 32a, 33, 35a, 47d und 47e aktualisiert

Kreisverband Husum:

Bürgermeister bekommt Gewerkschaftsbesuch

In Husum steht mit **Martin Kindl** (links) ein neuer Bürgermeister an der Verwaltungsspitze. Auch im Namen der komba gewerkschaft hat dbb Kreisausschussvorsitzender **Peter Mrozowski** (rechts) aus diesem Anlass das Rathaus besucht und Glückwünsche zum neuen Amt überbracht. Gleichzeitig wurde die Bedeutung der Beschäftigten hervorgehoben: „Auch wenn Ihnen sicher bewusst ist, dass den Beschäftigten der Stadt Husum

eine wesentliche Rolle bei der professionellen Erfüllung städtischer Aufgaben zukommt, möchten wir Sie bitten und auch gern dabei unterstützen, im Rahmen Ihrer Möglichkeiten für motivierende und konkurrenzfähige Rahmenbedingungen zu sorgen“. So ein Auszug aus dem Schreiben, das Kindl übergeben wurde. Der Bürgermeister zeigte sich erfreut und offen für eine Fortsetzung der Kontakte zur Gewerkschaft. **KT** ■



Verstärkung im Team der komba gewerkschaft

Seit dem 1. September 2023 verstärkt Christian Sehleier die Geschäftsstelle der komba gewerkschaft in Kiel. Mit seiner Expertise koordiniert er das Angebot der ehren- und hauptamtlichen Arbeit und schließt damit eine wichtige Lücke.

Der gebürtige Stuttgarter wird künftig als Leiter die Aufgaben der Geschäftsstelle synchronisieren und das entsprechende Ergebnis verantworten. Mit seiner langjährigen Erfahrung als Agenturchef, unter anderem im Bereich Kultur und Medienmanagement, sowie seiner Tätigkeit als Reporter und Redaktionsleiter in der PR- und Medienbranche, wird er seine beruflichen Kompetenzen sehr gut in der Geschäftsstelle einbringen können. Eine Frage haben wir dann doch an den neuen Kollegen: Christian, was hat Dich veranlasst bei der komba gewerkschaft anzufangen? „In meinem Berufsleben habe ich bereits über 2.500 Veranstaltungen organisieren und über 1.000 Reportagen und Beiträge produzieren dürfen. Organisieren und Kommunizieren sind meine Ste-

ckenpferde, seit über 20 Jahren. Bei dem Angebot habe ich keine Sekunde zögern müssen!“

Übrigens, bei einer frischen Brise findet man den 50-jährigen auf der Kieler Förde, bei Sonnenschein auch auf den Straßen der holsteinischen Schweiz: er ist nicht nur ein leidenschaftlicher Segler, sondern auch ein begeisterter Motorradfahrer.

Wir freuen uns, mit Christian Sehleier einen vertrauenswürdigen und erfahrenen Kollegen gewonnen zu haben. Von einem professionellen Miteinander, Feedback auf Augenhöhe und guten Ergebnissen werden wir alle gemeinsam profitieren. **■**



Helgoland-Ausfahrt mit dem Betriebsverband der RKiSH

In diesem Jahr fand wieder der traditionelle Ausflug des Betriebsverbandes RKiSH zur Hochseeinsel Helgoland statt. Pünktlich um 09:00 Uhr trafen sich die Kolleginnen und Kollegen rund um den Vorsitzenden Volker Ketels, um bei bestem Wetter mit der „Funny Girl“ in See zu stechen. Nach 2,5 Stunden erreichten alle wohlbehalten die Insel, um dort vom Kollegen Claus Kollatsch, ebenfalls Mitarbeiter des Rettungsdienstes,



in Empfang genommen zu werden. Fachmännisch führte er die Gruppe über die Insel, zeigte dort die neue Polizei und Feuerwache, führte den Rundgang zur „Langen Anna“ an und machte Halt an einem der vielen Duty Free Shops. Dort konnten sich alle mit den üblichen Mitbringseln der Insel ausstatten. Nach einer kurzen Pause ging es dann schon wieder zurück zur Fähre, um die Fahrt zurück nach Büsum anzutreten. **DS** ■

Senioren

**Fragen, Wünsche,
Anregungen?**

Unseren Seniorenbeauftragten erreichen Sie wie folgt:

Bernd Günther Schmidt
senioren@komba-sh.de

Sind Sie per Fax oder EMail zu erreichen und möchten Sie aktueller über Ereignisse und Angebote für Senioren informiert werden? Dann teilen Sie Ihre Adresse unserem Seniorenbeauftragten mit! ■



ÖFFENTLICHER DIENST

**IHR KÜMMERT
EUCH UM
STRUKTUR**

**WIR STRUKTURIEREN
EURE VORSORGE**



Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

DebeKa

Versichern und Bausparen